Wertbeständige Löhne

Von Dr. W. Voss

Herr Dr. Voß, Syndikus des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie, Geschäftsstelle Leipzig, schreibt uns:

Von Arbeitnehmerseite wird, soweit sich dies bis jetzt übersehen läßt, verlangt: einmal Lohnregelung, durch die für die Zukunft eine Entwertung des Lohnes vermieden wird, zum anderen Annäherung der Reallöhne an die Friedenseinkommen. In diesen Forderungen steckt gewiß ein Kern, der durchaus verständlich ist und im Grunde genommen eine Parole darstellt, die alle Kreise vertreten! Der Streit geht nicht um das Ziel, sondern um die Voraussetzungen, um den Weg!

Auf Arbeitnehmerseite wird gesagt, es müsse ein Wertmesser gefunden werden, der die Wertbeständigkeit des Lohnes garantiere. Zu diesem Zweck soll bei den Tarifverhandlungen außer einem Grundlohn ein beweglicher Zuschlag festgesetzt werden, dessen Höhe durch den der Geldentwertung entsprechenden Index automatisch geregelt wird. Dieser Index soll nach wie vor vom Statistischen Reichsamt, aber in einer für den Arbeitnehmer günstigeren Weise und wöchentlich errechnet werden. Das ist keine „gleitende Lohnskala", wie vielfach fälschlich gesagt wird! Bei der gleitenden Lohnskala regelt sich der ganze Lohn automatisch nach dem Index, nach dem geforderten System aber wäre der Grundlohn im Wege der Verhandlungen für jede Tarifperiode neu zu vereinbaren, also nur der Zuschlag würde sich automatisch verändern. Die Lohnbewegung der Gewerkschaften zielt aber auch auf eine Erhöhung des Realeinkommens ab.

Dieser Forderung stellt man von Arbeitgeberseite erhebliche Bedenken entgegen. Eine Wirtschaft, die wie die unsere heute dauernd von der Substanz zehrt, kann derartige neue Lasten einfach nicht tragen. Mit einer Erhöhung der Reallöhne können wir uns m. E. erst befassen, wenn es erst wieder aufwärts mit unserer Wirtschaft geht. Anders verhält es sich mit der Erhöhung der Nominallöhne. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, die nicht ernst genug betont werden kann, daß die Löhne und Gehälter bis an die äußerste Grenze den wirtschaftlich von den Firmen überhaupt noch Erträglichen erhöht werden. Man hat bisher versucht, dieser Forderung gerecht zu werden und der Arbeitnehmerschaft einen Ausgleich für die zu erwartende Teuerung zu geben, indem man in den Tarifverhandlungen die Teuerung der nächsten Zeit abschätzte und dementsprechend Lohnerhöhungen vereinbarte. Nun soll die Erhöhung automatisch entsprechend der Steigerung der Meßziffer eintreten. Da aber der Index natürlich immer erst nach Ablauf einer Woche veröffentlicht werden kann, so bedeutet das nicht mehr und nicht weniger als eine automatische, rückwirkende Regelung des Zuschlages. Gegen die automatische Lohnregelung ist anläßlich der Debatte über die „gleitende Lohnskala" von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite schon so viel geschrieben worden, daß darüber hier nichts mehr gesagt werden braucht. Unhaltbar aber ist die rückwirkende Festsetzung der Zuschläge. Man kann nicht die Löhne rückwirkend festsetzen, weil es bei den Preisen — wenigstens im allgemeinen — nicht möglich ist. Da der Arbeitgeber vorher für Offerten wissen muß, welche Preise er für seine Fabrikate zu nehmen hat, so muß er auch vorher wissen, was ihn die Herstellung seiner Fabrikate kostet, wie hoch also u. a. die Löhne sind. Was soll z. B. die Allgemeinheit der Industrie machen, die auf den Inlandabsatz angewiesen ist, zu festen Preisen verkaufen muß und das Geld für ihre Produkte erst nach mehr oder weniger langer Zeit hereinbekommt, wenn die Löhne in der geforderten Weise festgesetzt würden? Die Preise würden der Geldentwertung anheimfallen, die Löhne und Gehälter, also ein erheblicher Teil der Herstellungskosten, aber würden rückwirkend um den gleichen Faktor erhöht, um den sich die Preise der Produkte, also die Einnahmen durch die Geldentwertung vermindert haben.

Unter den obwaltenden Verhältnissen gibt es m. E. nur ein Mittel, den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerschaft entgegenzukommen, nämlich kurzfristige Tarife und kurzfristige Lohn- und Gehaltszahlungen. Dadurch wird es möglich sein, das Risiko der Ueberholung der Lohnerhöhung durch die Geldentwertung und Teuerung bis auf ein Minimum auszuschalten, ohne die vorher angeführten wirtschaftlichen Gefahren für den Unternehmer.

Daß die Gewerkschaften mehr anstreben, als eine Erhöhung der Nominallöhne bis an die Grenze des wirtschaftlich von Firmen überhaupt noch Erträglichen, erscheint uns wenig wahrscheinlich. Jedenfalls werden sie in der Praxis nicht mehr erreichen können. Das ist sicher. Aber wir würden fast glauben, daß eine solche Erhöhung der Nominallöhne auch eine Erhöhung des Reallohnes mit sich brächte. Zu untersuchen wäre auch noch, ob bei einer Industrie, die in Geld kalkuliert, nicht gerade die vorherige Vereinbarung von Papiermarklöhnen für einen kürzeren oder längeren Zeitraum einen nicht stabilen Faktor in die Kalkulation hineinbringt.

Die Staatsunternehmungen vor den Haushaltausschüssen

Dresden, 28. Juni. (Eig. Tel.) Die Geldbeschaffung für die Unternehmungen des Staates wurde in den vereinigten Haushaltausschüssen A und B des Landtages erörtert. Die Regierung legte den trostlosen Zustand ihrer Finanzlage dar. Das Reich hat noch keine endgültige Erklärung über seine Beteiligung bei der Geldaufbringung abgegeben. Der Finanzminister gab einen Ueberblick über die Bemühungen der Regierung zur Erlangung von Geldmitteln. Die Reichsbank hat sich nicht entschließen können zur Hergabe von Geldern. Die Frage der Beteiligung des Reiches an den sächsischen Staatskohlenwerken ist mit dem Reichsschatzministerium erörtert worden, das aber die Umwandlung der Werke in eine Aktienunternehmung für erwünscht bezeichnet. Für den Fall der Ueberführung der Unternehmungen in gemischtwirtschaftliche Betriebe aber in die Form der Aktiengesellschaft, werde der Staat die Mehrheit der Anteile behalten.

Der inzwischen aufgetauchte Versuch, die Eisenbahnen in weiterem Maße zu elektrisieren, lenke die Aufmerksamkeit wieder stärker auf Sachsen, das die größten Braunkohlenlager einheitlich in staatlichen Besitz hat. Dieser Plan dürfte zu einer Verständigung mit der Reichsregierung und einer Reichsbeteiligung an Sachsens Braunkohlenwerken führen. Die Lausitzer Braunkohlenwerke will die Regierung zunächst weiter ausbauen, später die westsächsischen in Böhlen. In der Zwischenzeit wird der Kapitalbedarf in Höhe von 75 Milliarden Mark angefordert werden.

Von bürgerlicher Seite wurde dem Grundsatz zugestimmt, da die immobilen Werte des Staates nicht zur Befriedigung des gegenwärtigen Kapitalbedarfes herangezogen werden. Die Kommunisten schlugen vor, die Sammlungen der Museen zu verkaufen, um auf diesem Wege Kapitalien zu erlangen. Allseitig herrschte die Auffassung, daß bei etwaiger Umgestaltung der Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften der Staat die vorherrschende Stellung behalten müsse. Hierüber verbreitete sich der Minister des näheren und wies darauf hin, daß auch die Gemeinden als Teilhaber sich melden, so daß Reich, Staat und Gemeinden als Hauptträger der heutigen staatlichen Kohlen- und Elektrizitätswerke in Betracht kommen dürften.

Eine Brandrede des Grafen Westarp

München, 29. Juni. (Eig. Tel.) In einer Versammlung der Bayerischen Mittelpartei hielt gestern der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf Westarp eine Rede im Ton des starken unentwegten völkischen Mannes. Er erklärte, man müsse sich rüsten und zur allgemeinen Wehrpflicht zurückkehren, ohne die das fremde Joch nicht abzuschütteln sei. Der große Gegensatz zwischen den Völkischen und dem Ministerpräsidenten Cuno liege darin, daß die Völkischen meinen, Verhandlungen um die Reparationen könnten nicht mehr weitergeführt werden, weil die Deutschen bereits zu Sklaven des internationalen Kapitalismus geworden seien. Dagegen lobte Graf Westarp die Landtagsrede des bayerischen Ministerpräsidenten. Als schweren Fehler bezeichnete er das Vorgehen der Regierung gegen die vaterländischen Verbände. Der völkische Kampf gegen den Marxismus hänge eng zusammen mit dem Kampf gegen das Judentum.

Bei einer Schlageterfeier des Jungdeutschen Ordens in Rathenow kam es zu Schlägereien mit Kommunisten, die in den Saal gedrungen waren und die Versammlung sprengen wollten. Polizei mußte eingreifen und sperrte das Lokal ab. Die Kommunisten zogen darauf durch die Stadt, wo sie mit Teilnehmern der Versammlung in ein neues Handgemenge gerieten. Hierbei wurde ein Fabrikant mit einem Schlagring niedergeschlagen, so daß er schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Die Konterbande der „Wimpledon"

Haag, 29. Juni. Der Ständige Internationale Gerichtshof hat in der Angelegenheit des Dampfers „Wimpledon", der während des Russisch-Polnischen Krieges Konterbande durch den Kieler Kanal schmuggeln wollte, dem Ersuchen der polnischen Regierung, sich dem von England, Frankreich, Italien und Japan anhängig gemachten Verfahren anschließen zu dürfen, stattgegeben aber nicht auf Grund des Artikels 62 des Statuts des Gerichtshofes, wonach ein juristisch an der Frage interessierter Staat an der Klage zuzulassen sei, sondern auf Grund des Artikels 63, wonach ein Teilnehmer an dem Vertrage das Recht zur Intervention hat, wenn es sich um die Frage handelt, ob der Vertrag verletzt worden ist. Im vorliegenden Falle handelt es sich um die Auslegung des Versailler Vertrages. Die Hauptverhandlung in der „Wimpledon"-Angelegenheit ist auf den 5. Juli festgesetzt worden.

Polens Erpresserpolitik in Danzig

Danzig, 29. Juni. Der Senat der Freien Stadt Danzig hatte an den diplomatischen Vertreter von Polen eine Note gerichtet, in der es heißt: „Der Senat bedauert, daß die polnische Regierung die Ausweisung von 16 Danziger Staatsangehörigen nicht rückgängig gemacht hat. Bei den Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Danzig handelte es sich fast ausnahmslos um Personen, die unsere Gesetze verletzt haben. Der Umstand, daß die polnische Regierung während der vergangenen Jahre keine Danziger aus Polen ausgewiesen hat, ist weniger auf das Wohlwollen der polnischen Behörden zurückzuführen, erklärt sich vielmehr einfach daraus, daß die Danziger Staatsangehörigen, die in Polen wohnen, niemals irgendeinen Grund zur Ausweisung gegeben haben. Dem jetzt gestellten Verlangen, den polnischen Staatsangehörigen in Danzig mit Ausnahme der politischen Rechte dieselben Rechte einzuräumen wie den Danziger Staatsangehörigen und diesen Standpunkt der polnischen Regierung gegenüber formell anzuerkennen, vermögen wir nicht zu entsprechen. Dieses Verlangen wird in der Bevölkerung von Danzig als Erpressung empfunden. Der Senat hat daher die Ausweisung von 16 Danziger Staatsangehörigen dem Oberkommissar des Völkerbundes zur Entscheidung unterbreitet."

Der diplomatische Vertreter von Polen hat diese Note mit einem Schreiben zurückgeschickt, in dem es heißt: Diese Note kann ich, da sie nicht im geziemenden, der allgemeinen Höflichkeit entsprechenden Tone abgefaßt ist, nicht zur Kenntnis nehmen.

Wie Londoner Blätter melden, wurde der Oberbefehlshaber des englischen Rheinheeres kürzlich in Aachen gezwungen, den Schlafwagen zu verlassen, während die Belgier die Papiere des Generals durchsuchten. Die Belgier glaubten, der General führe den Bericht englischer Beamten über die Lage im Ruhrgebiet mit sich. Die britische Regierung hat in Brüssel Protest eingelegt.

*

Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln teilt mit, daß die vom Matin verbreiteten Nachrichten, wonach unter Führung Adenauers ein Kabinett rheinischer Politiker aus Zentrumskreisen und Mehrheitssozialisten für die Rheinische Republik im Einverständnis mit der britischen Besatzungsbehörde und der Reichsregierung in Berlin bereits gebildet gewesen sei, von Anfang bis Ende frei erfunden sind.

Die Lage in Buer

Buer, 29. Juni. (Eig. Tel.) Die Belgier haben die über den Kreis Buer verhängten scharfen Sanktionen insofern gemildert, als sie jetzt gestattet haben, daß die Straßenbahnen in bestimmten noch zu vereinbarenden Stunden zum Transport von Milch und sonstigen Waren verkehren dürfen. Ferner wird der Rangierdienst am Bahnhof Buer-Süd auch nach der Straßensperre wieder fortgesetzt. Die am Freitag voriger Woche verhafteten Geiseln sind nunmehr ausgewiesen worden. Weiter haben die Belgier die Beteiligung der Bürgerschaft an der Beerdigung der am Sonntag abend getöteten drei Deutschen verboten.

Der Stadt Dortmund wurde von dem kommandierenden General der Rheinarmee als Genugtuung für die Ermordung der zwei französischen Adjutanten eine Strafe von 2 Milliarden Mark auferlegt. Dieser Betrag soll auf das bei der Staatskasse und bei der Reichsbank am 11. und 12. Juni weggenommene Geld angerechnet werden.

Auf dem Eisenwerke Union in Dortmund haben die Franzosen sämtliche Hochöfen gelöscht. Die Stillegung des ganzen Betriebes ist nur eine Frage von wenigen Tagen.

Essen in Lebensmittelnot

Essen, 29. Juni. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Essen entrollte der Lebensmitteldezernent ein außerordentlich trübes Bild. Nach seiner Meinung steht Essen in der Lebensmittelversorgung vor einer Katastrophe. Durch die Besetzung der Bahnhöfe ist die Stadt gezwungen, Lebensmittel von den weitgelegenen Bahnhöfen Frintrop, Rierenhof, Velbert und Buer mit Lastkraftwagen heranzuschaffen. Diese Bahnhöfe liegen bis 15 Kilometer von Essen entfernt. Die Schwierigkeiten werden noch dadurch erhöht, daß die Fernsprech- und Telegraphenverbindungen von den Franzosen unterbunden worden sind, so daß es den von der Stadt beauftragten Händlern unmöglich ist, rechtzeitig einzukaufen. Die städtischen Lagerhäuser für Lebensmittel sind leer. Ebenso schlecht steht es mit der Kartoffelversorgung. Die neue Kartoffelernte ist wegen des ungünstigen Wetters noch sehr weit zurück. Gemüse wird nur noch zu einem Drittel der erforderlichen Menge zugeführt. Außerdem ist man gezwungen, es von weither durch Lastkraftwagen heranzuholen. Die Milchzufuhr ist auf ein Fünftel des sonst täglichen Bedarfs zurückgegangen. Dabei werden für die Krankenanstalten allein täglich bis zu 50 000 Liter benötigt.

Die Leiden der Eisenbahner

Bei der Eisenbahndirektion Dresden liegt das genaue statistische Material über die bis zum 16. Juni gegenüber deutschen Eisenbahnern verhängten Strafen. Insgesamt wurden 223 Jahre 8 Monate und 10 Tage Freiheitsstrafe, 148 558 200 ℳ und 250 Franken Geldstrafe verhängt. (Die nach dem 16. Juni gefällten Urteile mit den Milliardensummen sind also noch nicht berücksichtigt.) Die Zahl der Verurteilten betrug 124, von denen 70 auf das altbesetzte und 54 auf das neubesetzte Gebiet entfallen. Von den Freiheitsstrafen kommen 173 Jahre 9 Monate 7 Tage Gefängnis und 30 Jahre Zwangsarbeit auf das altbesetzte, 49 Jahre 11 Monate 3 Tage Gefängnis auf das neubesetzte Gebiet. Im gleichen Zeitraum sind 6879 Beamte, Angestellte und Arbeiter ausgewiesen worden, davon 4392 aus dem altbesetzten und 2487 aus dem neubesetzten Gebiet. Unter Einrechnung der Familienangehörigen beträgt die Zahl der Ausgewiesenen 15 905, hiervon 10 691 aus dem altbesetzten und 5214 aus dem neubesetzten Gebiet. Ferner sind bis zum 16. Juni 22 566 Personen aus ihren Wohnungen vertrieben worden, und zwar 16 281 aus dem altbesetzten und 6285 aus dem neubesetzten Gebiet.

Die Strecke Frankfurt—Darmstadt unterbrochen

Frankfurt a. M., 29. Juni. (Eig. Tel.) Heute früh haben die Franzosen die Strecke Darmstadt—Frankfurt a. M. zwischen den Stationen Langen und Buchschlag unterbrochen, indem, wie es heißt, eine französische Militärabteilung die Schienen aufgerissen hat. Die Züge müssen deshalb von Frankfurt auch über Offenbach nach Darmstadt geleitet werden. Die durchgehenden Schnellzüge, die vom Süden über Frankfurt a. M. nach dem Norden und Westen verkehren, fahren über Darmstadt—Hanau. Die D-Züge erleiden etwa eine Stunde, die Personenzüge zwei Stunden Verspätung. Was die Franzosen veranlaßt hat, die Bahnverbindung zwischen Darmstadt und Frankfurt a. M. lahmzulegen, ist zur Stunde noch nicht festzustellen.

Ferner haben die Franzosen heute morgen die zu den Außenanlagen des Hauptbahnhofes Frankfurt a. M. gehörende Eisenbahnwerkstätte Ried besetzt und den zur Arbeit erscheinenden Deutschen den Eintritt in das Werk verwehrt.

Bisher 190 Milliarden Bargeld geraubt

Berlin, 28. Juni. Die Gesamtsumme der bei den Reichsbankstellen im besetzten Gebiet durch die Franzosen und Belgier beschlagnahmten Beträge ist auf 190 Milliarden Mark gestiegen. Die Fälschungen deutschen Papiergeldes durch die Franzosen dauern an. In Müllheim wurden mit der Herstellung von Noten beschäftigte Arbeiter gezwungen, nicht fertiggedruckte Notenbogen zu numerieren und zu schneiden, offenbar zu dem Zweck, die so gefälschten Notenformulare in Umlauf zu setzen.

Wiesbaden im Zeichen der Verkehrssperre

Wiesbaden, 29. Juni. (Eig. Tel.) Wiesbaden leidet unter der Verkehrssperre und den neuen Einreiseerschwerungen sehr stark. Der Fremdenbesuch beträgt nur noch ein Drittel des früheren durchschnittlichen Besuches. Man befürchtet für die Stadt, die vollständig auf Kur eingestellt ist, eine wirtschaftliche Katastrophe. Schon jetzt weist die Kurverwaltung ein Defizit von über einer halben Milliarde Mark auf. Von der Stadtverordnetenversammlung heraus wurde an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, Schritte zu unternehmen, um die sofortige Aufhebung oder eine Erleichterung der Verkehrsbeschränkung und damit die Möglichkeit eines regeren Fremdenverkehrs wieder zu erreichen.

Im Wiesbadener Regierungsgebäude haben die Franzosen sämtliche Räume einer gründlichen Durchsuchung unterzogen, nachdem erst dieser Tage ein Kurier der Regierung, der nach Frankreich unterwegs war, bei Hochheim angehalten und visitiert worden ist.

Luftwehr-Debatte in der französischen Kammer

Paris, 29. Juni. Im Laufe der gestrigen Budgetberatung der Kammer kam es während der Nachtsitzung zu einer Debatte über das Verhältnis der französischen zu der englischen Luftfahrt, in der der Abg. Benazet auf die vom Premierminister Baldwin im Unterhause abgegebene Erklärung hinwies, England bedürfe einer Luftrüstung, die derjenigen der stärksten Luftmacht im näheren Umkreis mindestens gleichkomme. Der Redner protestierte energisch gegen diese im Londoner Unterhause gefallene Aeußerung, die die Annahme enthalte, daß Frankreich an einen Angriff denke.

Kriegsminister Maginot führte aus, Frankreich hätte beim Waffenstillstand 3500 Flugzeuge und Maschinen gehabt und habe zurzeit nur noch 1500. Für Frankreich sei es eine Notwendigkeit, die Zahl seiner Flugzeuge und Geschwader zu erhalten, da es bestimmt wisse, daß Deutschland erhebliche Anstrengungen mache, um sich eine Luftschiffahrt zu schaffen. Es handele sich nicht um England, es handele sich ausschließlich um Deutschland. Es wäre von französischer Seite unverzeihlich, sich neuerlich einer deutschen Gefahr auszusetzen. An der Debatte beteiligte sich auch General Castelnau, der unter stürmischem Beifall des Hauses erklärte, in der Luftschiffahrt gehe Frankreich allen Nationen voran, und es werde sein äußerstes tun, diesen Vorsprung zu erhalten.

Die Kammer nahm unmittelbar darauf den Sonderkredit in Höhe von 37 Millionen Franken für wissenschaftliche Untersuchungen auf dem Gebiete der Luftfahrt mit 490 gegen 70 Stimmen an.

*

Nach einer Stockholmer Meldung der Frankfurter Zeitung werden die englischen Luftrüstungen von der schwedischen Presse als ein äußerst bedeutungsvolles Zeichen der außerordentlichen Spannung in den internationalen Verhältnissen angesehen.

Poincarés Verschleppungsmanöver

Paris, 29. Juni. (Eig. Tel.) Petit Parisien stellte heute erneut fest, daß Poincaré in der Reparationsfrage weiterhin für mündliche Verhandlungen zwischen England und Frankreich eintrete, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England noch immer außerordentlich groß seien. Eine allzu genaue Formulierung der französischen Antwort könne daher die Schwierigkeiten nur noch erhöhen. Außerdem beabsichtige die französische Regierung nicht, ein schriftliches Dokument angesichts der außerordentlich schwierigen Verhandlungen in den Händen der englischen Regierung zu lassen.

Der Präsident der italienischen Kammer ermordet

Rom, 29. Juni. (Eig. Tel.) In Neapel wurde gestern mittag gegen 1 Uhr der Präsident der italienischen Kammer Pietravalle auf dem Oberbankplatz von einem Unbekannten überfallen und durch einen Dolchstoß lebensgefährlich verletzt. Es scheint sich um die Tat eines Arbeitslosen zu handeln, der vor einigen Tagen bei Pietravalle um eine Stelle nachgekommen ist. Der Zustand des Präsidenten ist hoffnungslos. Der Dolch, ein Schustermesser, ist in die Magengrube eingedrungen. Pietravalle gehörte der demokratischen Fraktion der Kammer an.

Kleine politische Nachrichten

Wie aus Schwerin gemeldet wird, ist der mecklenburgische Staatsminister Asch wegen persönlicher Angriffe im Landtage und wegen der Unterzeichnung der Roggenwertanleihe zurückgetreten.

*

Der Reichsrat hat gestern eine Verordnung zur Aenderung der Valutaspekulationsordnung und des Kapitalfluchtgesetzes angenommen. Es handelt sich dabei um das Verbot des Ankaufs von ausländischen Effekten von einem ausländischen Verkäufer und um das Vorgehen gegen den Notenhandel.

*

Wie aus Hagen gemeldet wird, besetzte eine Abteilung französischer Soldaten in Stärke von etwa 300 Mann die historische Hohensiegburg. Am Denkmal wurde die Trikolore gehißt.

*

Das Revisionsgericht der Rheinarmee in Düsseldorf hat die von Direktor Kellermann von der Gute Hoffnungshütte und von Bergassessor Falke, Direktor der Rombacher Hütte, gegen ihre Verurteilung zu 5 Jahren Gefängnis und 170 Milliarden und 42 Milliarden Mark Geldstrafe eingelegte Berufung verworfen.

*

Ein Eisenbahnunglück, das am Mittwoch abend in der Nähe des Gelsenkirchener Hauptbahnhofes einen französischen Güterzug traf, hat unter dem französischen Eisenbahnpersonal drei Tote gefordert. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest. Die Unglücksstelle bildet einen wüsten Trümmerhaufen.

*

Der Londoner Parteitag der englischen Arbeiterpartei hat den Abgeordneten Newbolt, der sich offen zum Kommunismus bekannt hatte, mit 2,2 Millionen gegen 200 000 Stimmen aus der Fraktion ausgeschlossen.

*

In London sind die britischen, französischen und spanischen Sachverständigen zur Beratung der Tangerfrage im Foreign Office zusammengetreten. England ist vertreten durch den britischen diplomatischen Vertreter in Tanger Robertson, Frankreich durch Beaumarché von der Kolonialabteilung des Quai d'Orsay und Spanien durch den Marquis dela Torrehermosa vom spanischen Auswärtigen Amt.

SLUB
Wir führen Wissen.